

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- Produktion sinkt im Oktober
- Weniger Arbeitstage im neuen Jahr
- Offene Stellen sinken das siebte Quartal in Folge
- Deutlicher Rückgang der Investitionserwartungen

2. Unternehmen

- Pessimistischer Blick der Unternehmen auf 2025
- Ifo-Geschäftsklimaindex: Niedrigster Wert seit zwei Jahren
- Mittelständisches Geschäftsklima bleibt im Abwärtstrend
- Bürokratie frisst ein Fünftel der Arbeitszeit
- Selbständige gehen pessimistisch ins nächste Jahr

3. Politik

- Kanzler Scholz verliert Vertrauensfrage: Neuwahlen am 23. Februar 2025
- Vier von zehn Unternehmen planen Stellenabbau
- Veröffentlichung der neuen ZIM-Richtlinie durch das BMWK

4. EXTRA: BVMW-Position zur Schuldenbremse

1. Konjunktur

Produktion sinkt im Oktober¹

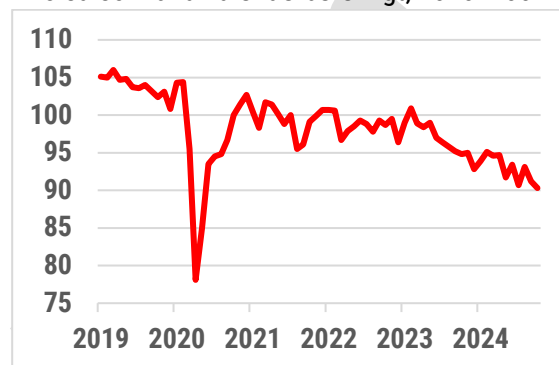
Die preisbereinigte Produktion im Produzierenden Gewerbe Deutschlands sank im Oktober 2024 gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt. Im Dreimonatsvergleich von August bis Oktober 2024 war die Produktion ebenfalls rückläufig.

¹ Statistisches Bundesamt (06.12.2024): [Produktion im Oktober 2024: -1,0 % zum Vormonat](#).

Dieser Rückgang wurde maßgeblich durch eine verringerte Energieerzeugung beeinflusst. Auch die Automobilindustrie verzeichnete einen Produktionsrückgang. Die Industrieproduktion insgesamt nahm ab, wobei die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern sank, während die von Vorleistungsgütern leicht stieg. Die Bauproduktion blieb unverändert.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe

X13 saison- und kalenderbereinigt; 2015=100



Quelle: Destatis (2024)

In den energieintensiven Industriezweigen ging die Produktion im Oktober 2024 gegenüber dem Vormonat zurück. Im Dreimonatsvergleich von August bis Oktober 2024 war die Produktion in diesen Branchen ebenfalls niedriger. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Oktober 2023 war die energieintensive Produktion leicht rückläufig.

Weniger Arbeitstage im neuen Jahr²

Im Jahr 2025 wird es in Deutschland durchschnittlich 248,1 Arbeitstage geben, was einen Rückgang um 0,7 Tage im Vergleich zu 2024 bedeutet. Hauptursache hierfür ist der Wegfall des 29. Februars, der 2024 ein zusätzlicher Arbeitstag war. Zudem beeinflusst die Lage von Feiertagen wie Heiligabend und Silvester die Anzahl der Arbeitstage.

Die Anzahl der Arbeitstage hat direkte Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung. Ein Arbeitstag weniger führt im Durchschnitt zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um etwa 0,1

² Statistisches Bundesamt (10.12.2024): [0,7 Arbeitstage weniger im neuen Jahr als 2024](#).

Prozentpunkte. Allerdings können weitere Faktoren diesen Effekt beeinflussen.

Historisch betrachtet schwankt die Anzahl der Arbeitstage in Deutschland. Seit der Deutschen Vereinigung lag der Höchstwert bei 252,8 Tagen im Jahr 2004, während der Tiefstwert mit 246,9 Tagen im Jahr 1991 verzeichnet wurde. Solche Schwankungen resultieren aus der unterschiedlichen Verteilung von Feiertagen und Wochenenden in den einzelnen Jahren.

Offene Stellen sinken das siebte Quartal in Folge³

Im dritten Quartal 2024 verzeichnete Deutschland 1,28 Millionen offene Stellen, was einen Rückgang um rund 4 Prozent gegenüber dem Vorquartal und um etwa 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal bedeutet. Dies markiert das siebte Quartal in Folge mit sinkender Stellenzahl.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes zeigt sich auch in der Relation von Arbeitslosen zu offenen Stellen: Auf 100 ausgeschriebene Stellen kamen etwa 220 arbeitslos gemeldete Personen, 67 mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg resultiert sowohl aus der abnehmenden Zahl offener Stellen als auch aus einem Zuwachs der Arbeitslosenzahlen.

Die Vakanzrate (Anteil der sofort zu besetzenden Stellen an der gesamten betrieblichen Personalnachfrage), lag im dritten Quartal 2024 bei 2,9 Prozent. Seit dem Höchststand von 4,5 Prozent im vierten Quartal 2022 ist dieser Wert deutlich gesunken, was auf eine spürbare Abkühlung des Arbeitsmarktes im Vergleich zum Vorjahr hindeutet.

Deutlicher Rückgang der Investitionserwartungen⁴

Die Investitionserwartungen deutscher Unternehmen sind laut stark eingebrochen. Strukturelle

Standortprobleme und wirtschaftspolitische Unsicherheiten werden als Hauptgründe genannt. Auch für 2025 rechnen die Unternehmen mit sinkenden Investitionen, allerdings weniger stark als 2024.

Die nicht-energieintensiven Branchen zeigen den stärksten Pessimismus. Besonders die Hersteller elektrischer Ausrüstungen, der Maschinenbau und der Fahrzeugbau fahren ihre Investitionen zurück. Die chemische Industrie bildet hier eine positive Ausnahme.

Der Handel zeigt sich besonders pessimistisch mit stark sinkenden Investitionsplänen für beide Jahre. Auch die Dienstleister haben ihre ursprünglich positiven Erwartungen deutlich nach unten korrigiert. Für 2025 planen sie jedoch eine leichte Verbesserung.

2. Unternehmen

Pessimistischer Blick auf 2025⁵

Laut einer aktuellen Umfrage erwarten nur etwa 13 Prozent der deutschen Unternehmen für 2025 bessere Geschäfte. Ein Drittel rechnet mit einer Verschlechterung der Lage, während die Mehrheit keine Veränderung erwartet. Diese pessimistische Einschätzung reflektiert die anhaltend schwache Wirtschaftslage im Jahr 2024, wobei sich kein Sektor als besonders optimistisch zeigt.

Die Baubranche ist am skeptischsten, da die Hälfte der Unternehmen eine Verschlechterung und nur sehr wenige eine Verbesserung erwarten. Auch im Einzelhandel überwiegt der Pessimismus, wobei fast die Hälfte eine unveränderte Lage prognostiziert. In der Industrie und im Dienstleistungssektor sind die Erwartungen ebenfalls überwiegend gedämpft, auch wenn die Dienstleister leicht optimistischer wirken.

³ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (05.12.2024): [IAB-Stellenerhebung für das dritte Quartal 2024: Zahl der offenen Stellen sinkt das siebte Quartal in Folge](#).

⁴ ifoInstitut (13.12.2024): [Investitionserwartungen sinken deutlich](#).

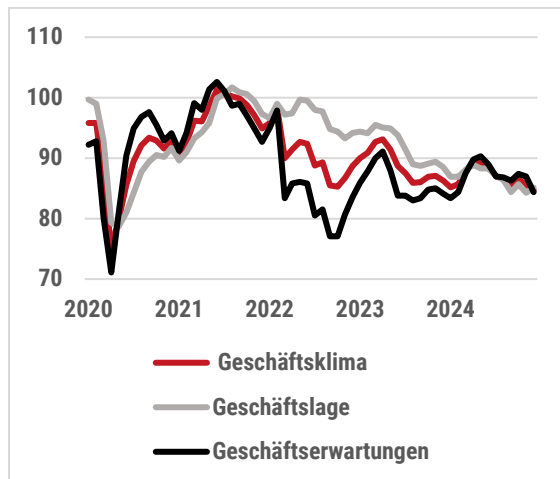
⁵ ifoInstitut (16.12.2024): [Nur jedes achte Unternehmen erwartet 2025 bessere Geschäfte](#).

Die schwache Zuversicht in fast allen Branchen verdeutlicht, dass derzeit kaum Impulse für einen Aufschwung wahrgenommen werden.

ifoGeschäftsklimaindex: Niedrigster Wert seit zwei Jahren⁶

Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Dezember gesunken und markiert den niedrigsten Stand seit Mai 2020. Der Rückgang beruht vor allem auf deutlich pessimistischer gewordenen Geschäftserwartungen der Unternehmen. Die aktuelle Lage wurde hingegen etwas besser bewertet, jedoch zeigt sich insgesamt eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche in Deutschland.

ifoGeschäftsklimaindex



Quelle: ifoInstitut.

Im Verarbeitenden Gewerbe trübte sich die Stimmung merklich ein. Gründe sind die unzufriedenstellende Auftragslage und geplante Produktionskürzungen. Der Dienstleistungssektor berichtet ebenfalls von schlechterem Geschäftsklima, wobei die Gastronomie durch das Weihnachtsgeschäft profitiert, während der Logistikbereich besorgt in die Zukunft blickt.

Auch im Handel setzte sich die Aufwärtsbewegung der Vormonate nicht fort, insbesondere der Großhandel war von wachsendem Pessimismus geprägt. Im Bauhauptgewerbe verbesserte sich

dagegen die Einschätzung der aktuellen Lage, während die Erwartungen weiterhin verhalten blieben.

Mittelständisches Geschäftsklima weiter im Abwärtstrend⁷

Die Stimmung im deutschen Mittelstand verschlechtert sich weiter und erreicht im November 2024 einen neuen Tiefpunkt. Mit einem Rückgang des Geschäftsklimas auf -20,5 Punkte zeigt sich ein deutlicher Kontrast zum langjährigen Durchschnitt. Ursache ist vor allem eine negativere Lagebewertung, während sich die Erwartungen geringfügig verbessern. Besonders das Baugewerbe und die Dienstleistungsbranche sind betroffen, während der Einzelhandel positive Impulse verzeichnet.

Auch Großunternehmen zeigen einen Stimmungsrückgang, nachdem sie im Oktober eine kurze Erholung erlebten. Vor allem die Erwartungen großer Industrieunternehmen sinken, was auf Sorgen über protektionistische Maßnahmen der USA zurückzuführen ist. Parallel setzt sich der Abwärtstrend bei den Beschäftigungserwartungen sowohl im Mittelstand als auch bei den Großunternehmen fort.

Der Ausblick auf 2025 bleibt pessimistisch: Protektionismus, Arbeitsmarktrisiken und eine instabile Politiklage belasten die Erwartungen. Ein minimaler Wachstumsimpuls könnte durch steigenden privaten Konsum und niedrigere Zinsen entstehen, allerdings bleibt die Unsicherheit hoch.

Bürokratie frisst ein Fünftel der Arbeitszeit⁸

Laut einer Umfrage verbringen Beschäftigte in Deutschland 22 Prozent ihrer Arbeitszeit mit bürokratischen Aufgaben. Unternehmen berichten, dass der erhebliche Personalaufwand zur Einhaltung neuer gesetzlicher Auflagen erforderlich ist.

⁶ ifoInstitut (17.12.2024): [ifo Geschäftsklimaindex gesunken \(Dezember 2024\)](#).

⁷ KfW Research (04.12.2024): [Stimmung im Mittelstand so trübe wie Herbstwetter](#).

⁸ ifoInstitut (04.12.2024): [22 Prozent der Arbeitszeit für Bürokratie nötig](#).

Die zunehmende Bürokratie belastet die Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Freiheit und beeinflusst Investitionsentscheidungen negativ. Hauptursachen sind wachsende Berichts-, Informations-, Dokumentations- und Meldepflichten sowie die steigende Komplexität gesetzlicher Regelungen in den letzten zehn Jahren.

Rund 75 Prozent der Befragten bewerten die Praxis tauglichkeit von Gesetzen als schlecht bis sehr schlecht. Um den Anforderungen gerecht zu werden, beauftragen knapp 80 Prozent der Unternehmen externe Dienstleister. Die durch Bürokratie verursachten Kosten betragen durchschnittlich sechs Prozent des Umsatzes.

Selbständige gehen pessimistisch ins nächste Jahr⁹

Laut einer aktuellen Umfrage blicken Selbständige in Deutschland pessimistisch auf das Jahr 2025: 40,1 Prozent erwarten eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage, während knapp die Hälfte keine Veränderung im Vergleich zum bereits schwierigen Jahr 2024 sieht. Lediglich jeder Zehnte rechnet mit einer Verbesserung.

Dieser Pessimismus spiegelt sich in den Investitionsplänen wider: Ein gutes Drittel der Befragten plant, 2025 weniger zu investieren, und nur jeder Siebte beabsichtigt, die Investitionen zu erhöhen. Die mangelnde Auftragslage trägt wesentlich zu dieser Zurückhaltung bei.

Trotz dieser negativen Erwartungen hat sich das Geschäftsklima für Selbständige und Kleinunternehmen leicht verbessert: Der Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex stieg im November auf -21,3 Punkte, nach -22,0 im Oktober. Dieser Anstieg ist der erste nach mehreren Monaten des Rückgangs und resultiert aus einer geringeren Unzufriedenheit mit den aktuellen Geschäften, obwohl die Erwartungen weiter sanken.

⁹ ifoInstitut (09.12.2024): [Selbständige gehen mutlos ins neue Jahr](#).

¹⁰ FAZ (16.12.2024): [Bundestag bahnt Weg für Neuwahlen – Scholz verliert Vertrauensabstimmung](#).

3. Politik

Kanzler Scholz verliert Vertrauensfrage: Neuwahlen am 23. Februar 2025¹⁰

Bundeskanzler Olaf Scholz hat im Bundestag eine Vertrauensabstimmung verloren, wodurch der Weg für Neuwahlen geebnet wird. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte gegen Scholz, was den aktuellen Bruch der Regierungskoalition widerspiegelt. Scholz hatte zuvor angekündigt, die Vertrauensfrage bewusst zu stellen, um die Möglichkeit für Neuwahlen zu schaffen. Dieser Schritt wurde mit der politischen Blockade innerhalb der bisherigen Koalition begründet.

BVMW-Position

Die verlorene Vertrauensabstimmung offenbart die tiefen politischen Blockaden der bisherigen Koalition und ebnet den Weg für eine mögliche Neuausrichtung. Für den Mittelstand birgt dies kurzfristig Unsicherheiten, bietet jedoch langfristig die Chance, wichtige Reformen in Bereichen wie Bürokratieabbau, Digitalisierung und Fachkräftesicherung voranzutreiben. Entscheidend wird sein, dass die politische Neuordnung rasch stabile Rahmenbedingungen schafft, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern und Vertrauen wiederherzustellen.

Vier von zehn Unternehmen planen Stellenabbau¹¹

Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass vier von zehn deutschen Unternehmen 2025 Stellen abbauen wollen, insbesondere in der Industrie. Hauptgründe sind die trüben Geschäftsaussichten, wobei 40 Prozent der Firmen mit einer Verschlechterung rechnen. Dies signalisiert eine strukturelle Krise, da der seit 2005 andauernde Beschäftigungsaufbau endet.

¹¹ Handelsblatt (11.12.2024): [Vier von zehn Firmen wollen Arbeitsplätze streichen](#).

BVMW-Intern

Ökonomie-Briefing 2024/KW51 20.12.2024

Der Arbeitsmarkt wird durch die Deindustrialisierung erheblich belastet, und die meisten Jobverluste betreffen den industriellen Sektor.

Auch große Unternehmen wie Thyssen-Krupp, Bosch oder Volkswagen planen umfangreiche Stellenkürzungen. Während der Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen wie Pflege und Logistik anhält, zögern viele Unternehmen mit Neueinstellungen. Die strukturelle Umwälzung, verstärkt durch schwache Investitionen und gestiegene Konkurrenz, könnte dauerhaft Arbeitsplätze kosten, wobei eine langfristige Lösung für den Industriestandort Deutschland erforderlich scheint.

BVMW-Position

Der BVMW sieht den geplanten Stellenabbau als Alarmsignal für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir fordern, die Steuer- und Abgabenlast für KMU zu senken, um mehr Investitionen in Digitalisierung und grüne Technologien zu ermöglichen. Dringend notwendig ist der Abbau bürokratischer Hürden, beispielsweise durch eine vereinfachte Beantragung von Fördermitteln und digitale Verwaltungsprozesse. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine erleichterte Fachkräfteeinwanderung, flexiblere Arbeitszeitmodelle und die gezielte Förderung von Weiterbildungen ein. Nur durch diese Maßnahmen können wir die Innovationskraft des Mittelstands sichern und den Industriestandort Deutschland stärken.

Veränderung der neuen ZIM-Richtlinie durch das BMWK¹²

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat die aktualisierte Richtlinie für das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand" (ZIM) veröffentlicht, um eine nahtlose Fortsetzung des Programms ab dem 1. Januar 2025 sicherzustellen. Ohne diese Aktualisierung hätte eine Unterbrechung des Programms gedroht, was die Innovationsaktivitäten vieler kleiner und

mittlerer Unternehmen erheblich beeinträchtigt hätte.

Die neue Richtlinie berücksichtigt Vorschläge aus dem Evaluierungsprozess, darunter die Erhöhung der förderfähigen Kosten und verbesserte Regelungen für Fremdaufträge. Diese Anpassungen sind notwendig, um das ZIM an gestiegene Preise und die Anforderungen der modernen Geschäftswelt anzupassen. Zudem erleichtert die Umstellung auf De-minimis-Förderung die Teilnahme von kleinen und jungen Unternehmen an Durchführbarkeitsstudien, insbesondere für Unternehmen, die aufgrund der EU-Regelungen zu "Unternehmen in Schwierigkeiten" bisher eingeschränkt waren.

BVMW-Position

Die neue ZIM-Richtlinie ist ein wichtiger Schritt zur Unterstützung der Innovationskraft des Mittelstands. Besonders die Anpassung an gestiegene Kosten und der erleichterte Zugang für kleinere Unternehmen sind positiv zu bewerten. Eine ausreichende und verlässliche Finanzierung und schnelle Antragsbearbeitung bleiben jedoch essenziell für den Erfolg des Programms in der Umsetzung. Auch die Förderung von Kooperationen mit Forschungseinrichtungen sind zentral für Technologietransfer und Wettbewerbsfähigkeit.

4. EXTRA: BVMW-Position zur Schuldenbremse

Die deutsche Schuldenbremse ist eine verfassungsrechtliche Regelung, die im Grundgesetz verankert ist und darauf abzielt, die Neuverschuldung des Staates zu begrenzen und die öffentliche Haushaltsdisziplin sicherzustellen. Sie gilt seit 2011 und beschränkt die strukturelle Neuverschuldung des Bundes auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr. Laut Haushaltsplan für 2024 werden in diesem Jahr 39 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Für die Länder gilt sogar ein Verbot der strukturellen Neuverschuldung seit 2020. Die Regelung

¹² BVMW (13.12.2024): [Veröffentlichung der neuen ZIM-Richtlinie](#).

BVMW-Intern

Ökonomie-Briefing 2024/KW51

20.12.2024

erlaubt allerdings Ausnahmen bei außergewöhnlichen Notsituationen, wie Naturkatastrophen oder schweren Wirtschaftskrisen, die vom Parlament beschlossen werden müssen.

Aus unserer Sicht ist die Schuldenbremse ein sinnvolles Instrument der Selbstdisziplinierung, um die finanzielle Stabilität Deutschlands langfristig zu sichern und zukünftige Generationen vor einer übermäßigen Schuldenlast zu schützen. Eine Aufweichung oder gar Abschaffung der Schuldenbremse zur Lösung aktueller struktureller Probleme lehnen wir entschieden ab, da dies lediglich kurzfristige Effekte hätte, ohne die Ursachen der Herausforderungen anzugehen. Vielmehr muss die Politik lernen, klare Prioritäten zu setzen und die vorhandenen Mittel effizienter zu verwenden. Insbesondere bei den konsumtiven Ausgaben sehen wir erhebliches Kürzungspotenzial, das durch eine kritische Überprüfung bestehender Ausgaben realisiert werden könnte. Ein solider Haushalt stärkt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und schafft Vertrauen – sowohl bei Unternehmern als auch bei Bürgern. Strukturreformen, eine klare Ausgabenkontrolle und die Stärkung von Innovation und Investitionen müssen Vorrang haben vor einer Politik der Verschuldung. Sollte die Schuldenbremse aufgrund veränderter Rahmenbedingungen modifiziert werden müssen, so sollte dies nur dann geschehen, wenn der Gesetzgeber nicht akut auf zusätzliche Finanzmittel angewiesen ist.

Berlin, 20.12.2024

Gez.: Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de